

# EUROPA IN UNSERE HÄNDE NEHMEN

AK FORDERUNGEN FÜR DIE WAHLEN  
ZUM EUROPÄISCHEN PARLAMENT



**GERECHTIGKEIT MUSS SEIN**



Am 25. Mai 2014 haben wir die Möglichkeit, unsere Abgeordneten zum Europäischen Parlament direkt zu wählen. Angesichts der enormen Herausforderungen, vor denen Europa heute steht, ist die Wahl eine ganz entscheidende Richtungswahl – ob weiterhin die Banken, Konzerne und Vermögenden im Mittelpunkt der EU-Politik stehen oder die Menschen!

Machen Sie unbedingt von Ihrem Wahlrecht Gebrauch. Denn es ist an der Zeit, Europa wieder in unsere eigenen Hände zu nehmen.

Herzlichst,

A handwritten signature in blue ink that reads "R. Kaske". The signature is fluid and cursive.

Rudi Kaske  
AK Präsident



GERECHTIGKEIT MUSS SEIN



EUROPA IN UNSERE HÄNDE NEHMEN –  
AK-FORDERUNGEN FÜR DIE WAHLEN  
ZUM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

April 2014

# INHALTSVERZEICHNIS

<b>1. Europa in unsere Hände nehmen</b>	<b>3</b>
<b>2. Das Europäische Parlament als zentraler Akteur der europäischen Politik</b>	<b>5</b>
<b>3. Die Europäische Union in der Krise</b>	<b>8</b>
<b>4. Europa ist die richtige Handlungsebene</b>	<b>11</b>
<b>5. Wer und was verhindert ein soziales, demokratisches und ökologisches Europa?</b>	<b>13</b>
<b>6. Einstiegsprojekte für ein soziales, ökologisches und demokratisches Europa</b>	<b>16</b>
6. 1. Macht der Banken und Finanzmärkte einschränken	16
6. 2. Die soziale Krise stoppen	18
6. 3. In die soziale und ökologische Infrastruktur investieren	20
6. 4. Umverteilung von Einkommen und Vermögen zur Förderung der Binnennachfrage	22
6. 5. Den Binnenmarkt und die Wirtschaft an den Interessen der Menschen ausrichten	24
6. 6. Solidarität und Zusammenhalt unter den EuropäerInnen stärken	26
6. 7. Sozialer und ökologischer Kurswechsel in der EU-Handels- und Investitionspolitik	28
6. 8. Europäische Entscheidungen demokratisieren und Macht der Wirtschaftslobbys brechen	30
<b>7. Wie wir zu einem veränderten Europa gelangen können</b>	<b>33</b>
7. 1. Das Europäische Parlament stärken	33
7. 2. Die Mängel der Europäischen Verträge beheben	34
7. 3. Europa in unsere Hände nehmen	35

# 1. EUROPA IN UNSERE HÄNDE NEHMEN

Am 25. Mai 2014 findet in Österreich die Wahl zum Europäischen Parlament statt. Die kommende Legislaturperiode von 2014 bis 2019 fällt in eine für die Zukunft Europas entscheidende Phase. Denn Europa steht vor wichtigen Aufgaben: Die Bekämpfung der dramatisch hohen Arbeitslosigkeit, die Regulierung und Schrumpfung der Finanzindustrie, die grenzenüberschreitende Neuverteilung der Vermögens- und der Machtverhältnisse sowie der Umbau der Wirtschafts- und Währungsunion zu einer wirklich demokratischen und sozialen Union. Die Zukunft des europäischen Projekts hängt davon ab, ob und wie Europa diese Aufgaben bewältigt!

**Dem Europäischen Parlament – dem einzig direkt gewählten Organ der Europäischen Union –, das durch die letzte Vertragsänderung aufgewertet wurde, kommt dabei eine wichtige Rolle zu! Darüber hinaus ist das Ergebnis der EP-Wahl auch für die Wahl des zukünftigen Präsidenten der EU-Kommission und damit für die Frage, wer die europäische Regierung führt, von Bedeutung.**

Das Europäische Parlament kann die Verteilung der Macht- und Vermögensverhältnisse und jene europarechtlichen Strukturen, die diese absichern, nicht allein ändern. Aber es ist – das haben gerade die letzten Jahre gezeigt – ein wichtiger Akteur, wenn es darum geht, die Anliegen der Menschen in die europäische Politik zu integrieren und auch das Vertrauen der Menschen in die Europäische Union zu stärken.

Die Frage der künftigen Zusammensetzung des Parlaments ist vor allem für die europäischen ArbeitnehmerInnen von großer Bedeutung. Sie haben bisher den Großteil der Kosten einer Krise getragen, die sie nicht verursacht haben. Gerade, weil es die ArbeitnehmerInnen sind, die durch ihre Arbeit Wert schaffen, haben sie ein Recht auf ein neues europäisches Wohlstands- und Verteilungsmodell, das die Finanzmärkte unter demokratische Kontrolle stellt und sozialer Gerechtigkeit zum Durchbruch verhilft.

**Mit dieser Broschüre wollen wir eine Orientierung darüber bieten,**

- was jetzt konkret auf dem Spiel steht und in welche Richtung sich Europa im Interesse der ArbeitnehmerInnen weiter entwickeln muss,
- welche Bedeutung dem Europäischen Parlament in der europäischen Politik zukommt,
- und wie wichtig es daher ist, am 25. Mai 2014 wählen zu gehen.

Wir hoffen, dass unsere Überlegungen und Positionen für Ihre Wahlentscheidung nützlich sein werden.

## 2. DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT ALS ZENTRALER AKTEUR DER EUROPÄISCHEN POLITIK

Das Europäische Parlament (EP) ist das größte multinationale Parlament der Welt mit Sitz in Brüssel (Hauptarbeitsort) und Straßburg (Plenartagungen). Seine Zuständigkeiten und Befugnisse wurden über die Jahre Schritt für Schritt erweitert.

### Die wichtigsten Aufgaben

#### Ernennung und politische Kontrolle der Kommission

Das Europäische Parlament wählt den/die PräsidentIn der Europäischen Kommission (derzeit der aus Portugal stammende Konservative José Manuel Barroso) und damit den europäischen Regierungschef. Das Vorschlagsrecht dafür liegt zwar beim Europäischen Rat (in dem die Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten versammelt sind). Der muss dabei jedoch das Ergebnis der Wahlen zum Europäischen Parlament berücksichtigen.

Dem folgend haben die großen europäischen Parteien nun erstmalig eigene SpitzenkandidatInnen präsentiert, die sich um die Wahl zum/zur PräsidentIn der Europäischen Kommission bewerben werden. Dabei handelt es sich um (Stand 20. März 2014):

- **Jean Claude Juncker** (Europäische Volkspartei – EVP)
- **Martin Schulz** (Sozialdemokratische Partei Europas – SPE))
- **Ska Keller** und **José Bové** (Europäische Grüne – EGP)
- **Guy Verhoofstad** (Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa – ALDE)
- **Alexis Tsipras** (Europäische Linke – EL)

Zusätzlich zum/zur KommissionspräsidentIn muss das Parlament noch der gesamten „europäischen Regierung“ (der Kommission) zustimmen.

Ist das Europäische Parlament mit der Europäischen Kommission nicht mehr zufrieden (z.B. hinsichtlich der von ihr verfolgten „Krisenpolitik“), kann es sie auch wieder loswerden (Misstrauensvotum). Die dafür benötigte 2/3-Mehrheit stellt jedoch eine relativ hohe Hürde dar. Mit einem

Viertel der Stimmen können Untersuchungsausschüsse und mit einfacher Mehrheit Klagen wegen Verstößen gegen das Unionsrecht („Verfassungsbeschwerden“) vor dem Europäischen Gerichtshof angestrengt werden.

### **Rechtsetzung**

Wie jedes einzelstaatliche Parlament wirkt auch das Europäische Parlament in der Rechtsetzung mit. Von einzelnen Ausnahmen abgesehen betrifft das mittlerweile fast alle wichtigen EU-Rechtsakte (Richtlinien oder Verordnungen). Ob also EU-weit Maßnahmen zur Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping getroffen werden sollen, die Rechte der ArbeitnehmerInnen und VerbraucherInnen verbessert, öffentliche Dienstleistungen weiter liberalisiert oder ein Handelsabkommen mit den USA geschlossen werden soll, hängt ganz entscheidend vom Europäischen Parlament und dessen politischen Mehrheiten ab.

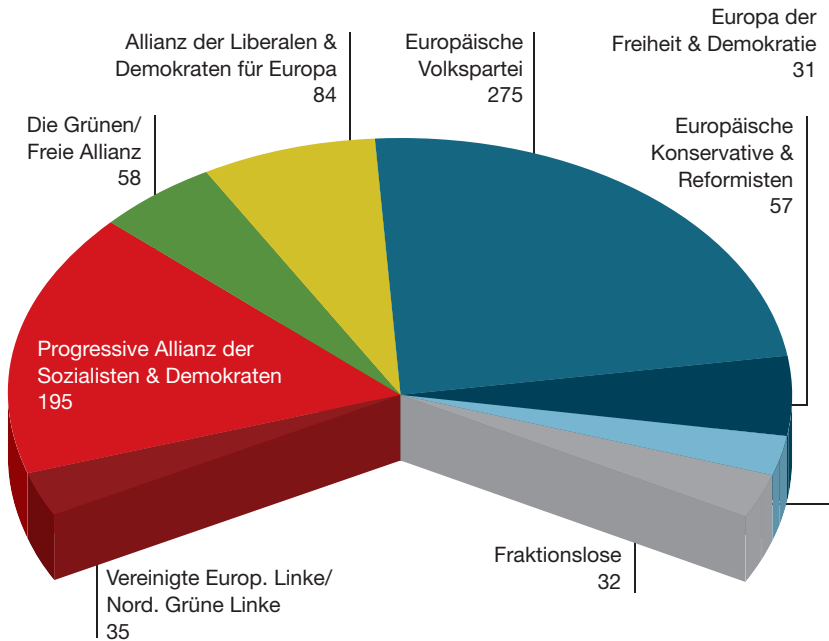
### **Das Europäische Parlament als länderübergreifendes Arbeitsparlament**

Das Europäische Parlament unterscheidet sich in vielen Punkten von typischen einzelstaatlichen Parlamenten. Es gliedert sich in länderübergreifende Fraktionen entsprechend der politischen Orientierung. Im Europäischen Parlament werden nahezu alle Vorlagen detailreich erörtert, wodurch ihm die Bezeichnung eines echten Arbeitsparlaments zugekommen ist. Es ist für die Abgeordneten (die Mitglieder des Europäischen Parlaments bzw. MEPs) auch durchaus üblich, fraktionsübergreifend in vielfältiger Weise zu kooperieren bzw. aus der eigenen Fraktion auszuscheren (kein Fraktionszwang). MEPs, die sich zu gar keiner Fraktion zusammenschließen, haben nur eingeschränkte Mitgestaltungsmöglichkeiten.

Bei den Wahlen am 25. Mai 2014 werden EU-weit 751 Abgeordnetenmandate vergeben. Auf Österreich entfallen davon 18 Mandate.



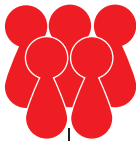
## Derzeitige Zusammensetzung der 766 Sitze des Europäischen Parlaments nach Fraktionsstärke:



## Derzeitige österreichische VertreterInnen im Europäischen Parlament



**6** österreichische Abgeordnete in der Europäischen Volkspartei



**1** österreichische Abgeordnete der Allianz der Liberalen für Europa



**2** österreichische Abgeordnete für die Die Grünen

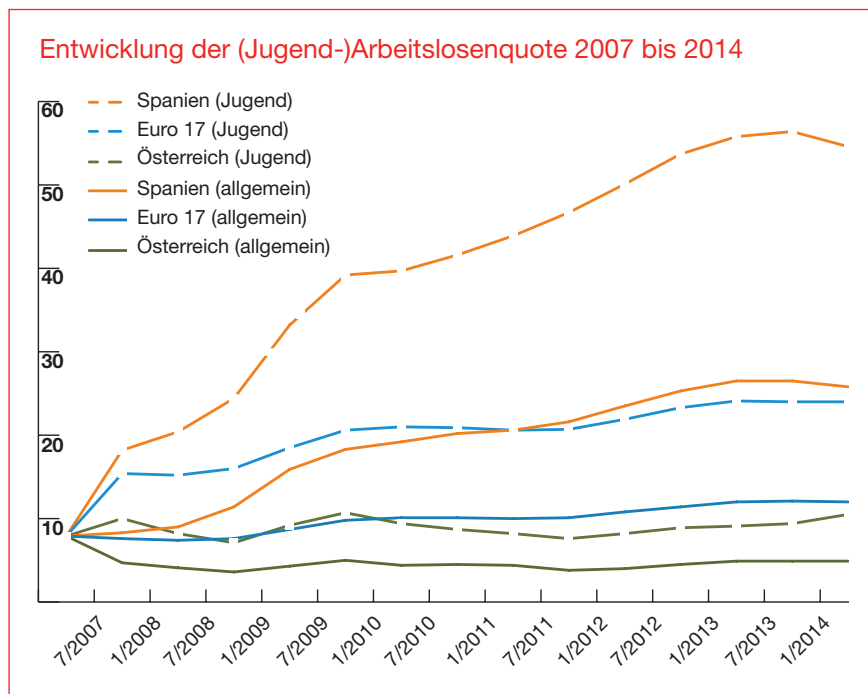


**5** österreichische Abgeordnete sind fraktionslos, u. a. HPM, FPÖ

### 3. DIE EUROPÄISCHE UNION IN DER KRISE

Sechs Jahre nach Ausbruch der größten Finanz-, Wirtschafts- und Sozialkrise seit dem Bestehen der europäischen Integration ist immer noch keine Lösung in Sicht. Die Arbeitslosigkeit ist nicht zuletzt aufgrund einer falschen Krisenpolitik drastisch gestiegen. Aktuell sind über **26 Millionen Menschen in der EU ohne Arbeit** – um 10 Millionen mehr als vor Ausbruch der Krise. Zur besseren Veranschaulichung: mehr als die Gesamtbevölkerung Österreichs ist seit Ausbruch der Krise arbeitslos geworden.

Besonders dramatisch ist die Situation bei den Jugendlichen: Im Januar 2014 waren in der EU 5,5 Millionen Personen im Alter unter 25 Jahren arbeitslos. Vor allem in den „Krisenländern“ des Südens hat die **Jugend-arbeitslosigkeit mit Quoten von 30 bis über 50%** enorme Ausmaße angenommen. Massiv angestiegen ist auch die Armutsquote: Im Jahr 2012 war bereits ein Viertel der EU-Bevölkerung von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht, insgesamt 125 Millionen Menschen!



Quelle: EUROSTAT

Dabei hat Europa anfangs richtig auf die Krise reagiert: 2008 lautete die Antwort der politisch Verantwortlichen in der EU, mittels weitreichender Konjunktur- und Stabilisierungsprogramme die Krise zu überwinden und weitgehende Verwerfungen auf den Arbeitsmärkten zu verhindern. Diese Politik hat den dramatischen Anstieg der Arbeitslosigkeit 2010/2011 vorerst gestoppt.

Seit 2011 lautet die **Antwort der EU auf die Krise**: Keine neuen Konjunkturpakete, sondern **Sparen bei öffentlicher und sozialer Infrastruktur**. Der Blick auf die Konsequenzen dieser von einem Bündnis neoliberaler Staatschefs, der Europäischen Kommission und Unternehmerverbänden vorangebrachten europaweiten Sparpolitik (Austeritätspolitik) und des Abbaus von Arbeitsrecht und Löhnen (Wettbewerbsfähigkeit durch Sozialdumping) zeigt: Die europäische Politik läuft falsch. In einer Krise schieben Unternehmen Investitionen auf. Wenn dann auch noch die öffentliche Hand durch die Austeritätspolitik und die Haushalte der ArbeitnehmerInnen aufgrund sinkender Reallöhne als „Investoren“ geschwächt werden, fallen alle drei Eckpfeiler der Nachfrage aus: Die Wirtschaft stagniert. Diese Krisenpolitik ist daher zu einem wesentlichen Anteil für Armut und Arbeitslosigkeit verantwortlich. Sie steht im Interesse einiger weniger, die von der Privatisierung öffentlicher Leistungen und niedrigen Löhnen profitieren.

Um diese Politik durchzusetzen, wurde die EU in einem Ausmaß verändert, wie es noch vor einigen Jahren undenkbar schien. Neue EU-Verordnungen (Economic Governance) und völkerrechtliche Verträge (Fiskalpakt) mit ihrem Fokus auf Budgetdefizit und Staatsschulden haben den budgetären Gestaltungsspielraum der Mitgliedstaaten massiv eingeschränkt. Diese auf Austerität und kurzfristige Wettbewerbsvorteile durch Senkung der Löhne sowie Schwächung der ArbeitnehmerInnenrechte und der Sozialsysteme setzenden Instrumente sind nicht nur gegen die ökonomischen Interessen der ArbeitnehmerInnen gerichtet, sozial zerstörerisch, sondern auch demokratiepolitisch bedenklich: Große Teile dieser Instrumente stützen sich auf mangelhafte Rechtsgrundlagen und führen zu einer Schwächung der Parlamente auf nationaler und europäischer Ebene.

Die weiteren Schritte in diese falsche Richtung sind bereits geplant: Mit den sogenannten **Wettbewerbspakten** sollen nun alle Mitgliedstaaten auf Wettbewerbsfähigkeit durch weitere Lohnkürzungen und Abbau der Sozialsysteme verpflichtet und die Parlamente noch stärker der Kontrolle

durch nationalstaatliche und europäische Exekutiven (z.B. Finanzministerien und Europäische Kommission) unterworfen werden. Aufgrund des **wachsenden Widerstands** hat der Europäische Rat die Entscheidung über die Einführung der Wettbewerbspakte mehrfach verschoben.

**Dies bietet die Chance, gemeinsam mit einem durch eine hohe Wahlbeteiligung gestärkten Europäischen Parlament eine weitere Verschärfung einer gescheiterten Politik aufzuhalten und eine grundlegende Kehrtwende in der Europapolitik einzuläuten!**

Denn nach wie vor sind die großen gesellschaftlichen Probleme und Ursachen der Krise ungelöst: Die **Macht der Banken und Finanzindustrie** ist nicht gebrochen, die **ungleiche Verteilung der Vermögen** zerstört den sozialen Zusammenhalt in unseren Gesellschaften, gegen die immer greifbarer werdende Umwelt- und Klimakrise wird viel zu wenig unternommen und die **Schwächung der demokratischen Mitbestimmung** schreitet voran.

### Von der Verteilungs- zur Wirtschaftskrise

Der Wirtschaftswissenschaftler Engelbert Stockhammer von der Londoner Kingston University beschreibt in einer Studie im Auftrag der Arbeiterkammer (2011), warum die ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen eine zentrale Ursache der Krise bildet.

<http://bit.ly/PLc0ox>

## 4. EUROPA IST DIE RICHTIGE HANDLUNGSEBENE

Auch wenn in der EU derzeit **eine falsche Politik im Interesse einiger weniger** gemacht wird, ist Europa die richtige Ebene, um diese zentralen gesellschaftlichen Probleme zu lösen.

Allein auf der Ebene des Nationalstaats lässt sich eine soziale, demokratische und ökologische Gesellschaft nicht durchsetzen: Das Klima macht an keiner Grenze halt. Die Finanzmärkte sind transnational und können daher nur auf europäischer Ebene geschumpft und demokratisiert werden. Kapital und Vermögen sind beweglich und lassen sich besonders gut auf europäischer Ebene durch die Austrocknung von Steueroasen und die Beendigung des Steuerwettbewerbes für Erhalt und Ausbau einer sozialen und ökologischen Infrastruktur in der ganzen EU heranziehen. Wenn die Flucht von Kapital und Industrie auch Konsequenzen hätte, würden sich Banken und Konzerne davor hüten. Denn keine Wirtschaft der Welt ist so groß wie jene der EU.

Eine soziale, demokratische und ökologische Gesellschaft lässt sich daher heute nicht mehr national verwirklichen, sie muss zumindest europäisch sein.

Die EU hat sich in den letzten Jahrzehnten den Ruf eines **globalen Vorzeigemodells** für eine neue Art der Zusammenarbeit über nationale Grenzen hinweg erarbeitet. Der langanhaltende Zeitraum ohne kriegerische Auseinandersetzungen zwischen den Mitgliedstaaten bezeugt dies ebenso wie einige konkrete Errungenschaften für die ArbeitnehmerInnen (wie etwa im Bereich der Gleichbehandlung). Aber diese Errungenschaften sind heute in Gefahr.

**Daher sagen wir:**

**Europa ist die richtige Ebene, aber die Politik und Strukturen, die auf dieser Ebene vorangetrieben wurden, müssen erneuert werden. Wenn es uns nicht gelingt, in den kommenden Jahren die Weichen für ein anderes Europa zu stellen, ist das europäische Projekt massiv gefährdet.**

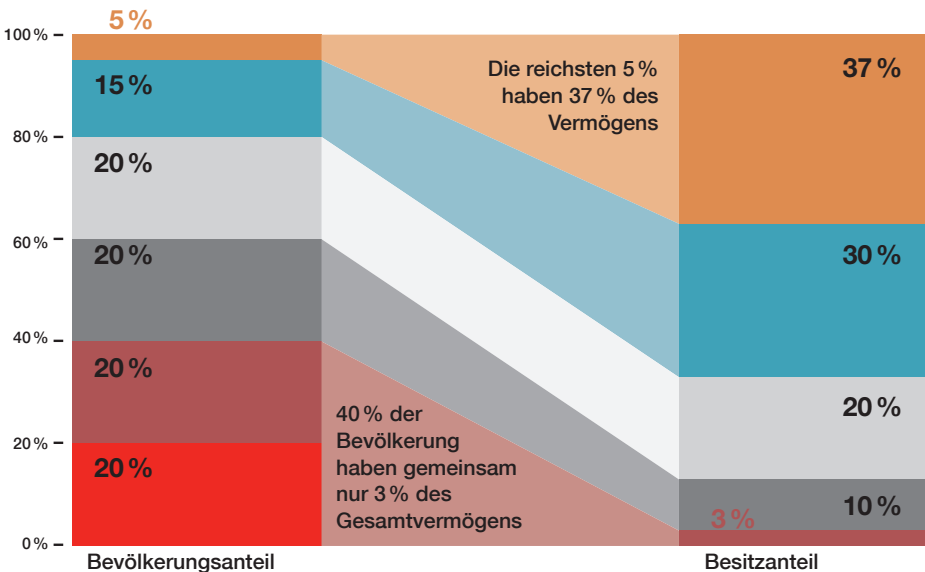
Die **bestehenden Kräfteverhältnisse** (in Politik und Wirtschaft) in Europa verhindern bisher diese Weichenstellungen. Sie sind nicht nur verantwortlich für die falsche Krisenpolitik mit ihren dramatischen Auswirkungen für Millionen EuropäerInnen. Sie blockieren auch den Weg in ein neues Europa, in welchem die berechtigten Wünsche der Mehrheit der Bevölkerung nach Wohlstand und sozialer Sicherheit im Mittelpunkt stehen.

## 5. WER UND WAS VERHINDERT EIN SOZIALES, DEMOKRATISCHES UND ÖKOLOGISCHES EUROPA?

Die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise und die zunehmende Ungleichheit sind nicht voneinander zu trennen. Seit etwa den 1970er Jahren hat sich die **Verteilung zwischen Kapital und Arbeit deutlich zu Gunsten des Kapitals verschoben**. Auch innerhalb der Arbeitseinkommen ist die Ungleichheit deutlich gestiegen. Zudem hat sich der Reichtum in den letzten Jahren auf immer weniger Menschen konzentriert. In der Eurozone verfügen heute 20% der Gesamtbevölkerung über 67 % des Gesamtvermögens, die reichsten 5 % besitzen 37% des Gesamtvermögens.

Viele WissenschaftlerInnen sahen lange Zeit die Schere zwischen Arm und Reich sogar positiv. **Ungleichheit galt als Triebkraft einer florierenden Marktwirtschaft**. Diese neoliberale These ist nicht nur menschlich

### Verteilung der Privatvermögen im Euroraum 2010



Quelle: AKOÖ basierend auf EZB (HFCS) ohne Irland und Estland

höchst fragwürdig, sondern wurde auch von der Geschichte widerlegt. Heute ist selbst der IWF zu der Erkenntnis gelangt, dass sich Ungleichheit sowohl auf das soziale Gefüge einer Gesellschaft als auch auf die Wachstumsaussichten negativ auswirkt!

Die Vermögenskonzentration ist aber nicht nur **wirtschaftlich und sozial problematisch**, sondern **auch aus demokratischer Perspektive**. Wer über Kapital verfügt, kann durchsetzen, welche Politik gemacht wird. So wurden auf Druck der Finanzlobby viele wichtige Vorhaben im Bereich der Finanzmarktregulierung wieder abgeschwächt. Und nur so lässt sich erklären, warum die Krisenpolitik der EU die Reichen und Banken schont. Besonders deutlich zeigt sich das an den Auflagen der Troika (bestehend aus Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank und dem Internationalen Währungsfond) für jene EU-Länder, die Finanzhilfen aus dem europäischen Rettungsschirm erhalten.

Diese Kräfteverhältnisse sind auch in der geltenden **europäischen „Verfassung“** (Europäische Verträge) abgebildet: Zum Beispiel reicht der Widerstand eines einzigen Mitgliedstaats in der Länderkammer der EU (Ministerrat) aus, um die Umsetzung von Rechtsakten zu verhindern, die von einer breiten europäischen Mehrheit unterstützt werden wie zum Beispiel eine EU-weit geregelte **Besteuerung von Vermögen, Unternehmen und Finanztransaktionen**. Da sich Parlamente als Orte erwiesen haben, in denen sich die Interessen der Bevölkerung vergleichsweise gut durchsetzen, haben letztlich Unternehmensverbände ihre gesellschaftliche Macht erfolgreich eingesetzt, um in diesem Bereich die Vetomöglichkeit „ihrer“ Regierungen abzusichern.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass sich die **Kräfteverhältnisse für die europäischen ArbeitnehmerInnen in den letzten Jahrzehnten in der EU erheblich verschlechtert haben** (siehe auch Seite S. 30 ff). Diese Verschiebung hat sich keinesfalls nur auf der europäischen Ebene zugetragen: Die erkämpfte Mitbestimmung der ArbeitnehmerInnen in den Betrieben ist durch die Unternehmen unter Druck gekommen, die Kommunen und Länder haben sich zu wenig für den Erhalt von öffentlicher und sozialer Infrastruktur eingesetzt und die Nationalstaaten haben den Wettbewerb nach unten im Bereich der Unternehmens- und Vermögenssteuern vorangetrieben.



Und letztlich war es **nicht „die EU“**, welche die europäische Politik und das europäische Recht so ausgerichtet hat, dass es viele Fallstricke für die Interessen der ArbeitnehmerInnen enthält. Vielmehr gelang es jenem **„Reformbündnis“ aus neoliberalen politischen Kräften, Unternehmerverbänden und der Finanzindustrie**, das auch heute für die Krisenpolitik verantwortlich ist, die europäische Verfassung nach ihren Interessen zu gestalten.

Diese langwierigen Umbrüche auf unterschiedlichen gesellschaftlichen Ebenen werden sich nicht allein durch parlamentarische Prozesse verändern lassen. Allerdings kann ein **mutiges und aktives Europäisches Parlament**, in denen jene Kräfte gestärkt werden, die sich für die Interessen der europäischen ArbeitnehmerInnen einsetzen, **Einstiegsprojekte für ein soziales, ökologisches und demokratisches Europa** formulieren. Diese Projekte könnten die versteinerten Verhältnisse in Bewegung bringen. Sollten sie an spezifischen, bestehenden europäischen Strukturen scheitern, wäre verdeutlicht, wo es grundlegendere Umbrüche braucht. Wie solche Einstiegsprojekte in ein anderes Europa aussehen könnten, wollen wir im Folgenden formulieren.

## 6. EINSTIEGSPROJEKTE FÜR EIN SOZIALES, ÖKOLOGISCHES UND DEMOKRATISCHES EUROPA

### 6.1. Macht der Banken und Finanzmärkte einschränken

Die Bändigung der Finanzmärkte ist eines der zentralen Projekte, das die Dominanz des Neoliberalismus brechen kann. Von den Finanzmärkten, auf denen die Liberalisierung und Deregulierung am stärksten ausgeprägt ist, hat die Krise ihren Ausgang genommen. Der maßlos aufgeblähte Finanzsektor muss zurückgestutzt werden. Zuviel Kapital fließt in die Spekulation und nicht in die reale Wirtschaft.

Die EU ist in der letzten Legislaturperiode des Europäischen Parlaments auf dem Weg der Regulierung der Finanzmärkte ein Stück vorangekommen, aber noch immer gibt es viele offene Baustellen. Vor allem muss der Teufelskreis – die Gewinne fließen an die Aktionäre, die Boni fließen an die Banker, aber das Risiko trägt die öffentliche Hand – endlich durchbrochen werden. Wir brauchen umfassende Korrekturen.



Financial Transaction Tax

STICK WITH IT!

Unterstütze die Petition auf unserer EU-FTS-Website  
[www.financialtransactiontax.eu](http://www.financialtransactiontax.eu)

**Treten wir den Attacken der Finanzbranche gegen eine dringend notwendige Regulierung des Finanzsektors gemeinsam kompromisslos entgegen.** Dafür brauchen wir dich! Gemeinsam wollen wir die Staats- und Regierungschefs sowie die FinanzministerInnen der 11 Mitgliedstaaten, die uns die Einführung der Finanztransaktionssteuer versprochen haben, daran erinnern, ihr Wort einzuhalten.

Die Finanztransaktionssteuer muss endlich Wirklichkeit werden!

## Forderungen

- Notwendig ist eine rasche Lösung für das Problem der Banken, die zu groß, zu vernetzt und zu komplex sind, als dass sie **ohne Gefahr für das Finanzsystem und die Volkswirtschaft in Konkurs** gehen könnten. Die Bankenunion ist dazu ein erster wichtiger Schritt zur besseren, grenzüberschreitenden Aufsicht und Schaffung eines einheitlichen Abwicklungsmechanismus, bei dem zuerst die Aktionäre und Gläubiger in die Pflicht genommen werden. Die Regulierung muss aber weiter gehen. Die Banken müssen ihre Risiken sauberer trennen. Die Entscheidung über die Abwicklung einer Bank muss rasch erfolgen können. Der von den Banken zu finanzierende Abwicklungsfonds muss umfassender dotiert und früher einsetzbar sein.
- Ebenso gilt es, das **Schattenbankensystem** zu regulieren (alternative Investmentfonds wie Hedgefonds und Private Equity Fonds etc) und dem intransparenten Handel fernab regulierter Börsen einen Riegel vorzuschieben. Die fehlende Regulierung erleichtert es Banken, Zinsen, Währungen und Rohstoff- und Energiepreise zu manipulieren.
- Eine zentrale Forderung ist die rasche **Einführung einer Finanztransaktionssteuer**. Die Beteiligung des Finanzsektors an den Kosten der Krise in Form einer Finanztransaktionssteuer ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern zudem ein wirksames Instrument, um den aufgeblähten Finanzsektor etwas einzudämmen. Ein gestärktes Europäisches Parlament, das den Druck der Menschen in Europa aufgenommen hat und mittlerweile parteiübergreifend zu den vehementesten BefürworterInnen der Finanztransaktionssteuer zählt, kann dabei einen wichtigen Beitrag leisten – auch wenn die endgültige Entscheidung darüber von der Länderkammer (EU-Ministerrat) abhängt.

## 6. 2. Die soziale Krise stoppen

Gerade in der Beschäftigungs- und Sozialpolitik klafft in der EU zwischen Zielen und Wirklichkeit eine große Lücke. Dabei handelt es sich hier um **existenzielle Fragen** – sichere Jobs, gute Einkommen, bestmögliche Bildungs- und Ausbildungssysteme, ein hohes Sozialschutzniveau sind für die unmittelbare Lebenssituation der Menschen in Europa von zentraler Bedeutung. Oft wird argumentiert, dass die EU in diesen Bereichen keine ausschließliche Kompetenz habe und daher keine Verantwortung übernehmen könne. Aber diese Ausrede ist müßig: Das neoliberale Reformbündnis greift im Wege der in der Krise verschärften fiskalpolitischen Vorgaben der EU und im Rahmen der Politik der Troika massiv in die Lebenswirklichkeit von Millionen EuropäerInnen ein und kann die Verantwortung der EU nicht einfach zurückweisen.

Im Rahmen der so genannten **Europa 2020-Strategie** hat sich die EU unter anderem das Ziel gesetzt, bis 2020 die Beschäftigungsquote der Frauen und Männer im Alter von 20 bis 64 Jahren auf 75 % anzuheben und die Zahl der von Armut und sozialer Ausgrenzung Bedrohten um 20 Millionen zu reduzieren. Von beiden Kernzielen ist die EU – nicht zuletzt aufgrund der neoliberalen Krisenpolitik – weit entfernt und wird sie auch ohne deutliche politische Trendumkehr nicht erreichen! Auch die groß-angekündigte europäische Jugendgarantie – der wichtigste Politikansatz zur Bekämpfung der dramatisch hohen Jugendarbeitslosigkeit – kommt nur schleppend voran. Durch die Jugendgarantie soll allen jungen Menschen bis 25 innerhalb von 4 Monaten entweder ein qualitativer Arbeitsplatz oder eine Ausbildungsstelle zur Verfügung gestellt werden.

Österreich ist seit einigen Jahren das Land mit der niedrigsten Arbeitslosigkeit in der EU und konnte sich nicht zuletzt bei der Bekämpfung der Krise als internationales Vorzeigeland etablieren. Besondere Beachtung finden dabei das praxisnahe System der dualen Berufsausbildung und die österreichische Ausbildungsgarantie (das Vorbild für die europäische Jugendgarantie) sowie generell die **funktionierende Sozialpartnerschaft** als tragende Säule einer im Interesse der Menschen gestalteten Sozial- und Wirtschaftspolitik.

## Forderungen

- Die Schaffung von **qualitativ hochwertigen, sicheren und gut entlohnten Arbeitsplätzen** muss Kernstück der EU-Beschäftigungsstrategie sein. Die Prekarisierung der Arbeitswelt, also der wachsende Anteil an geringfügig Beschäftigten, Leiharbeitskräften, befristet Beschäftigten und Teilzeitkräften sowie der damit verbundene steigende physische und psychische Druck auf die ArbeitnehmerInnen darf in der EU-Politik nicht länger ignoriert werden.
- Ein **Sozialpakt**, der soziale Mindeststandards einschließlich der Verankerung von Lohnuntergrenzen auf nationaler Ebene (unter voller Wahrung nationaler Kollektivvertragssysteme und der Autonomie der Sozialpartner) sowie Maßnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping beinhaltet, muss wesentlicher Bestandteil einer verbesserten sozialen Dimension Europas sein.
- Die **europäische Jugendgarantie** muss rasch umgesetzt werden, wobei die aus dem EU-Budget vorgesehenen finanziellen Mittel zur Unterstützung der Mitgliedstaaten in Höhe von 6 Mrd. Euro für die Jahre 2014/2015 rasch massiv aufgestockt werden müssen. In der EU wurden schon höhere Beträge aufgewendet, um eine einzige Bank zu retten! Die Jugend ist für die Zukunft der EU „systemrelevanter“ als jede Großbank.
- Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit in der Europäischen Union und im Zusammenhang mit der im EU-Vertrag verankerten Zielsetzung der Vollbeschäftigung und der ständig steigenden Produktivität der Arbeit sind europaweit abgestimmte intelligente **Modelle einer Arbeitszeitverkürzung** auf die Tagesordnung zu setzen.

### 6. 3. In die soziale und ökologische Infrastruktur investieren

In den Krisenländern sind die öffentlichen Investitionen in den letzten fünf Jahren in einem großen Ausmaß verringert worden. In der Eurozone betrug der Rückgang insgesamt ein Fünftel. Diese Entwicklung ist besorgniserregend: Gerade in Zeiten einer schweren Wirtschaftskrise sind **öffentliche Investitionen das wirksamste Mittel zur Belebung der Konjunktur** und elementarer Bestandteil eines **neuen Wachstums- und Verteilungsmodells**. Im Gegensatz dazu reduziert die europaweite Sparpolitik das Wachstumspotential und erhöht damit gleichzeitig die Schuldenquoten. Dieser Zusammenhang, der von vielen Studien bestätigt wird, muss endlich in den Fokus der EU-Krisenpolitik.

#### Investitionen in soziale und ökologische Infrastruktur schaffen eine „Mehrfachdividende“:

- Die **verbesserte soziale Infrastruktur** (Kinderbetreuung, Pflege, Bildung, sozialer Wohnbau etc.) wird zunehmend auch zu einem Wachstums- und Beschäftigungsmotor!
- Der durch unsere derzeitige Produktionsweise verursachte Klimawandel lässt sich nicht mehr länger leugnen. Es ist daher notwendig, jetzt umzusteuern und die EU zum ressourcen- und energieeffizientesten Wirtschaftsraum der Welt zu machen. Wir brauchen eine massive **Ausweitung der öffentlichen Investitionen** in die Steigerung der Energieeffizienz und den nachhaltigen Ausbau erneuerbarer Energien, Klimaschutz (Fernwärmeausbau, Wärmedämmung, Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs etc.) und darauf ausgerichtete Forschung & Entwicklung (Öko-Innovationen). Das wäre ein Wachstumsprogramm für Jahrzehnte und hilft uns gleichzeitig, die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern abzubauen.

#### Forderung

- Die öffentlichen Investitionen müssen massiv ausgeweitet werden. Zentral ist es auch, sie in eine europaweit koordinierte Investitionsstrategie einzubetten und sie nach **sozialen und ökologischen Kriterien** gezielt darauf auszurichten, dass sie das langfristige Entwicklungspotential der europäischen Volkswirtschaft erhöhen.

### Investiver Sozialstaat: Beitrag zu Wachstum, Beschäftigung und finanzielle Nachhaltigkeit

Eine Studie der AK (2013) illustriert die positiven Effekte von Investitionen in soziale Dienstleistungen am Beispiel der Kinderbetreuung. Die neuen Modell-Berechnungen zeigen, dass diese neben beträchtlichen Beschäftigungseffekten auch deutliche Mehreinnahmen für die öffentliche Hand ermöglichen.

<http://bit.ly/OxBHrr>

## 6. 4. Umverteilung von Einkommen und Vermögen zur Förderung der Binnennachfrage

In den letzten Jahrzehnten ist es in den meisten Industriestaaten zu dramatischen Ungleichgewichten in der Einkommens- und Vermögensverteilung gekommen. Eine Studie für die AK Wien (siehe Seite 10) zeigt, dass dies eine der zentralen Ursachen der Finanzkrise war. Die Ungleichverteilung hat zwei Konsequenzen: Auf der einen Seite häufen sich immer mehr Vermögen bei einer kleinen Schicht reicher Menschen an, dieses Vermögen wird auf Finanzmärkten angelegt und bläht diese auf. Auf der anderen Seite kommt es zu einer Schwächung der Binnennachfrage, weil die Lohnquote ständig sinkt.

### Wettbewerbs(des)orientierung

Eine Analyse der AK (2012) stellt die maßlose Überschätzung des Prinzips der „Wettbewerbsfähigkeit“ gegenüber dem Rest der Welt als Leitmotiv der derzeitigen EU-Wirtschaftspolitik dar. Selbst im Zeitalter der Globalisierung kommen rund 7/8 der europäischen Nachfrage aus den Ländern der EU. Der zentrale Ansatz zur Bewältigung der Krise liegt daher in der Stärkung der Binnennachfrage.

<http://bit.ly/1gMmWYW>

**Heute ist es nötiger denn je, diese Umverteilung nach oben wieder rückgängig zu machen – etwa durch höhere Steuern auf hohe Einkommen und Vermögen sowie eine an der Produktivität und Inflation orientierte Lohnpolitik,** die die Bedeutung der Löhne als nachfragestabilisierenden Faktor anerkennt. Wir werden ohne eine Korrektur der Verteilungsschiefelage, die sich auch in Europa über Jahrzehnte aufgebaut hat, die Krise nicht bewältigen.

Damit hängt auch die Frage der Finanzierung öffentlicher Investitionen unmittelbar zusammen. Hier zeigt sich am deutlichsten, worum es auch bei den Wahlen zum Europäischen Parlament geht: Die Stärkung jener Kräfte im Europäischen Parlament, die sich für eine neue gerechte Politik der Verteilung einsetzen, könnte hier wichtigen Druck erzeugen.



## Forderungen

- Eine EU-weit koordinierte Vorgehensweise insbesondere bei den **Steuern auf Vermögen, Spitzeneinkommen, Kapitalerträgen und Unternehmensgewinnen** muss die notwendigen Ressourcen für eine expansive Wachstums- und Beschäftigungspolitik sicherstellen. Sogar der IWF sieht in vielen entwickelten Staaten Spielräume, um mehr Einnahmen an der Spitze der Einkommensverteilung zu erzielen. Das gilt auch für die südlichen Krisenländer.
- Weitere Ressourcen zur Finanzierung öffentlicher Investitionen können durch die rasche Einführung der geplanten Finanztransaktionssteuer und wirksame **Maßnahmen gegen Steuerbetrug, Steuerhinterziehung und aggressive Steuerplanung** sichergestellt werden. Tatsächlich entgehen den EU-Mitgliedstaaten dadurch rund eine Billion Euro jährlich.
- Mittelfristig muss sich die sogenannte „**Goldene Regel der Finanzplanung**“ („Golden Rule“) durchsetzen. Diese ermöglicht es, öffentliche Zukunftsinvestitionen aus der Berechnung der öffentlichen Defizite herauszunehmen. Damit würde den Mitgliedstaaten eine beschäftigungsfreundlichere Haushaltspolitik durch ein höheres Niveau an gesamtwirtschaftlich wertvollen Investitionen ermöglicht werden.

## **6. 5. Den Binnenmarkt und die Wirtschaft an den Interessen der Menschen ausrichten**

Die Binnenmarktpolitik der vergangenen Jahrzehnte war beinahe ausschließlich am Ziel orientiert, für Unternehmen optimale Gewinnbedingungen bereitzustellen. Entgegen früherer Ansätze blieben die Interessen von ArbeitnehmerInnen und VerbraucherInnen auf der Strecke. Es braucht eine Abkehr von einem verfälschenden Wettbewerb, der eine Spirale nach unten in Gang setzt. Der Binnenmarkt muss als **gemeinsamer Markt mit einem hohen Niveau an sozialen und ökologischen Standards** verstanden werden, welche die Voraussetzung von Produktivitätssteigerungen sind.

Gleichzeitig darf das Wettbewerbsrecht nicht den Druck auf die öffentliche Erbringung von Dienstleistungen (von der Bildung über den Verkehr und den sozialen Wohnbau bis zum Wasser) erhöhen. Als Einstiegsprojekt in eine Binnenmarktpolitik, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt, braucht es eine (rechtliche) Neujustierung, welche die **demokratische und öffentliche Gestaltung der Wirtschaft** ermöglicht, anstatt einen Wettlauf der Standards nach unten zu fördern. Die Politik darf sich nicht länger hinter den Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) verstecken, der mit seiner Rechtsprechung zu den Marktfreiheiten einen wesentlichen Anteil an der Herausbildung des Wettbewerbs der Rechtsordnungen und damit auch am Sozial- und Lohndumping hat.

## Forderungen

- Ziel der Binnenmarktpolitik muss ein **diskriminierungsfreier Binnenraum** gestützt auf hohe Standards im Sozial- und Umweltrecht („positive Integration“) sein. Der Ansicht des EuGH, dass Marktfreiheiten prinzipiell über sozialen Rechten, wie der Ausübung **gewerkschaftlicher Grundrechte**, stehen, muss daher politisch entgegengetreten werden. In diesem Zusammenhang ist ein „**Protokoll für den sozialen Fortschritt**“ auf der Ebene des EU-Primärrechts notwendig, mit dem ein unmissverständlicher Vorrang von sozialen, demokratischen und gewerkschaftlichen Grundrechten gegenüber den Marktfreiheiten der EU festgelegt wird.
- **Ein diskriminierungsfreier, flächendeckender und erschwinglicher Zugang zu qualitativ hochwertigen öffentlichen Dienstleistungen** muss gewährleistet werden. Positive Reformen, die zu besseren und effektiveren öffentlichen Diensten führen, z. B. in Form öffentlich-öffentlicher Partnerschaften (ÖÖP), sind zu nutzen und zu unterstützen.
- Im Gesellschaftsrecht braucht es eine **Abkehr von einer einseitigen Share-holder-Orientierung** und einen demokratiepolitischen Richtungswechsel. Eine umfassende Mitbestimmung der ArbeitnehmerInnen ist ein wesentlicher Beitrag zu einer an gesellschaftlichen Zielen ausgerichteten Produktion und muss daher in allen Gesellschaftsrechtsformen innerhalb des Binnenmarktes implementiert werden.
- **Der besorgniserregende Trend im EU-VerbraucherInnenenschutz** weg von europäischen Mindeststandards zu Gunsten der VerbraucherInnen, hin zu vollharmonisierten – oft niedrigeren – Standards zu Gunsten der Unternehmen muss gestoppt werden.

## 6. 6. Solidarität und Zusammenhalt unter den Menschen in Europa stärken

Obwohl nicht alle EU-Staaten den Euro als gemeinsame Währung eingeführt haben, ist eine dauerhafte **Stabilisierung der Eurozone** von großer Bedeutung. Bei einer Aufspaltung des Euroraums wären auch für die ArbeitnehmerInnen in Österreich herbe Einbußen zu erwarten, vor allem ein beträchtlicher Anstieg der Arbeitslosigkeit. Es war die richtige Entscheidung, die Krise durch die Einrichtung von Rettungsschirmen einzudämmen. Denn ein unkontrollierter Krisenverlauf hätte das ganze europäische Bankensystem und damit auch die Wirtschaft und Arbeitsplätze gefährdet. Allerdings muss jetzt sichergestellt werden, dass Banken und andere Finanzmarktakteure, die wesentlich zur Krise beigetragen haben, auch die **Kosten ihrer Rettung begleichen**.

Die bisherigen Möglichkeiten sind dafür verspielt worden: Die von der Troika und den Euro-Staaten zu verantwortenden Auflagen schreiben Sozialdumping und Sparen bei der öffentlichen und sozialen Infrastruktur vor. Gerettet werden die einheimischen und europäischen Banken und Vermögenden, belastet werden die ArbeitnehmerInnen, PensionistInnen und Arbeitslosen in Krisenländern. Das ist der falsche Weg, es müsste umgekehrt sein! Für einen solchen Kurs gäbe es auch grenzüberschreitende „Solidarität“. Denn die ArbeitnehmerInnen in den Krisenländern wissen: Brutale Einschnitte für ihre KollegInnen in den Krisenländern bedeuten früher oder später auch er-

### Demokratie und Europa|recht in der Krise

Anstatt die Ursachen der Finanzkrise zu bewältigen, hat die dominante Politik in Europa die Krise zum Alltag werden lassen und Armut und Arbeitslosigkeit verursacht. Doch eine solche Politik lässt sich immer weniger mit Demokratie und Menschenrechten vereinbaren. Dies verdeutlichen die bisherigen Bausteine der Krisenpolitik und ihr gemeinsames Muster: Sie sind nicht nur neoliberal ausgerichtet, sondern teilweise auch europarechtswidrig und schwächen die parlamentarische Demokratie. Die Studie „Austerität und Menschenrechte“ der AK zeigt nun auch, dass die Krisenpolitik gegen Menschenrechte verstößt.

<http://bit.ly/1nAtjHP>

höhten Druck auf Lohn und Arbeitsrecht in Österreich. Will die europäische Politik ihren Anspruch an ein solidarischeres Miteinander einlösen, muss sie ein anderes Verständnis von Solidarität pflegen.

## Forderungen

- Die im Rahmen der Austeritätspolitik festgelegten Auflagen der Troika müssen **sozialstaatliche Errungenschaften** beachten und auf **Verteilungsgerechtigkeit** ausgerichtet werden. Wenn die europäische Politik das europäische Projekt nicht gefährden möchte, müssen gerade die Banken und Vermögenden in den betroffenen Ländern ihren Beitrag zur finanziellen Stabilisierung leisten und nicht die ArbeitnehmerInnen.
- Ein wesentliches Rückgrat des europäischen Wohlfahrtsstaates bilden **starke Gewerkschaften**. Ihre auf Solidarität beruhenden Handlungsformen (von Kollektivverhandlungen bis zu Streikmaßnahmen) stellen eine wichtige Grundlage für gesellschaftlichen Fortschritt und soziale Umverteilung dar. Schwächung der Gewerkschaftsmacht durch europäische Politik (z.B. Forcierung von Firmen- anstelle von Flächenkollektivverträgen seitens der Troika) und Rechtsprechung (der Europäische Gerichtshof stellt die Marktfreiheiten über Grundrechte) muss wieder zurückgenommen werden.
- Der **soziale Dialog**, in dem das Miteinander von Gewerkschafts- und Unternehmensseite gepflogen wird, muss in der EU-Politik gestärkt werden.
- Das **Budget der Europäischen Union** muss stärker auf soziale Ziele ausgerichtet werden. Derzeit fließt der Großteil der EU-Mittel der Landwirtschaft zu. Dies ist angesichts der großen Herausforderungen, vor denen wir in Europa stehen, nicht mehr gerechtfertigt.
- Die **EU-Erweiterungspolitik** kann nur als ein soziales Projekt erfolgreich sein, mit dem die großen Wohlstandsgefälle innerhalb Europas überwunden werden. Dies ist bis dato nicht eingetreten. Mit der Aufnahme vieler wirtschaftlich schwach entwickelter Länder ist in der Bevölkerung zudem eine Skepsis für neuerliche Erweiterungen entstanden, die den Zusammenhalt der Europäischen Union und deren Handlungsfähigkeit weiter gefährden. Diese Skepsis muss ernst genommen, wie insgesamt verhindert werden muss, dass Menschen aus sozialer Not und mangels besserer Zukunftsperspektive gezwungen sind, ihre Heimatländer zu verlassen.

## 6. 7. Sozialer und ökologischen Kurswechsel in der EU-Handels- und Investitionspolitik

Die Außenhandels- und Investitionspolitik der EU muss völlig neu ausgerichtet werden. Die langfristigen Liberalisierungsverpflichtungen in Handelsabkommen im Rahmen der WTO und mit Partnerländern der EU **gefährden öffentliche Interessen**, insbesondere sozialstaatliche und demokratische Handlungsspielräume. Ziel muss ein fairer Handel sein, der soziale und ökologische Ziele in den Mittelpunkt rückt, anstatt sie zu untergraben.

### Forderungen

- **Verhandlungsdokumente** der EU müssen **der Öffentlichkeit zugänglich** gemacht werden, um eine breite öffentliche Diskussion über die EU-Handelspolitik zu ermöglichen.
- **Keine privilegierten Klagerechte für Konzerne:** Ausländischen Konzernen darf nicht das exklusive Recht eingeräumt werden, Staaten vor eigenen Schiedsgerichten zu verklagen, wenn die Rentabilität ihrer Investitionen durch allgemeine Maßnahmen im öffentlichen Interesse beeinträchtigt werden.
- **Schutzstandards für ArbeitnehmerInnen, KonsumentInnen – insbesondere Lebensmittelsicherheit und Datenschutz – sowie Umwelt** dürfen durch Handelsabkommen nicht gesenkt und deren Erhöhung nicht eingeschränkt werden.
- **Kein Lohn- und Sozialdumping:** Das österreichische Arbeits- und Sozialrecht sowie kollektivvertragliche Bestimmungen dürfen durch Handelsabkommen keinesfalls ausgehöhlt werden. Verstöße gegen diese Bestimmungen müssen umfassend sanktionierbar werden.
- **Öffentliche Dienstleistungen** wie etwa Bildung, Gesundheit, Wasserversorgung usw. gehören in die öffentliche Hand und müssen von Handelsabkommen ausgenommen werden.
- **International anerkannte Arbeitsstandards und Umweltabkommen auf höchstmöglichem Niveau** müssen in Handelsabkommen verbindlich verankert werden und einklagbar sein. Länder mit nied-

rigeren Sozial- und Umweltstandards dürfen daraus keinen Wettbewerbsvorteil ziehen.

## Vorsicht TTIP

Derzeit verhandelt die EU u.a. ein **Handels- und Investitionsabkommen mit den USA (TTIP)**, das zahlreiche Gefahren für die Interessen von ArbeitnehmerInnen und KonsumentInnen birgt. Die EU-Kommission führt nun eine öffentliche Befragung zu den umstrittenen Investorenrechten im TTIP durch. Das ist nicht genug:

- Die AK fordert ein **Aussetzen der gesamten Verhandlungen** mit den USA – und einen grundlegenden Kurswechsel der handelspolitischen Ausrichtung der EU.

### EU-USA-Handels- und Investitionsabkommen: Fragwürdige Versprechen

Die EU-Kommission bewirbt das EU-USA-Handels- und Investitionsabkommen (TTIP) als Motor für Wachstum und Beschäftigung. Ein genauerer Blick der AK-ExpertInnen auf die wichtigsten Studien zu den Auswirkungen des Abkommens lässt diesbezüglich jedoch Zweifel aufkommen. Laut einer von der EU-Kommission in Auftrag gegebenen Studie soll das Abkommen zu einem Anstieg der Wirtschaftsleistung (BIP) in der EU von 0,5 Prozentpunkten führen – allerdings nur in einem Zeitraum von zehn Jahren und noch dazu im optimistischen Szenario. Für das realistischere „weniger ambitionierte“ Szenario bleiben lediglich nüchterne 0,027 Prozentpunkte als jährlicher BIP-Anstieg in diesem Zeitraum übrig. Doch selbst diese Ergebnisse sind aufgrund der fragwürdigen Annahmen der ökonomischen Modelle mit Vorsicht zu betrachten.

Theurl, Simon (2014): Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP). Eine kritische Orientierungshilfe zur wirtschaftlichen Folgenabschätzung des Handels- und Investitionsabkommens zwischen der EU und den USA.

<http://bit.ly/NqkG1G>

## 6. 8. Europäische Entscheidungen demokratisieren und Macht der Wirtschaftslobbys brechen

Spätestens die Krise hat offengelegt, dass zwischen der tiefen wirtschaftlichen Integration der Union und ihrer politisch-demokratischen Integration eine schwere Schiefelage besteht. Während die Union im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion zentrale staatliche Funktionen übernommen hat, sind die **demokratische Kontrolle und die politische Gestaltungsmacht** nicht entsprechend mitgewachsen. Dabei handelt sich nicht – wie so oft behauptet – um einen Konstruktionsfehler, vielmehr sollte damit aus Sicht mancher ganz bewusst die europäische Demokratie gemäß neoliberaler Theorie **marktkonform zurechtgestutzt** werden.

Die Krisenpolitik hat diesen Trend noch einmal verschärft, da ein Großteil der neuen Instrumente (z.B. Economic Governance und Fiskalpakt) auf einer mangelhaften Rechtsgrundlage beschlossen und die Parlamente auf nationaler und europäischer Ebene schwächt wurden.

Diese Politik der Entdemokratisierung muss beendet werden. Die Verfahren der europäischen Rechtsetzung und Demokratie sind von Seiten der staatlichen Akteure zu beachten, denn diese Verfahren stellen sicher, dass sich die Interessen der Unternehmensverbände und Finanzindustrie nicht unmittelbar durchsetzen können.

### Das Machtungleichgewicht zwischen Arbeit und Kapital in der EU



Nach offiziellen Angaben des EU-Transparenzregisters stehen rund 130 Gewerkschaften etwa 3.900 Lobbys der Wirtschaftsseite gegenüber.  
(Arbeit : Kapitalverhältnis = 1 : 30)



Unter Hinzurechnungen einer Dunkelziffer nicht registrierter Unternehmensverbände liegt dieses Verhältnis wahrscheinlich sogar bei **1 : 50**.





## Europäisches Kräftemessen – Europäische Kräfte messen

Eine AK-Studie (2012) zeigt in einem direkten Vergleich der Interessengruppen Wirtschaft/Kapital und Arbeit ein enormes Übergewicht der Wirtschafts-Interessen in Brüssel auf.

<http://bit.ly/PLq6X2>

Wie stark das Wirtschaftslager die Geschehnisse der EU-Politik derzeit für ihre Zwecke zu manipulieren vermag, zeigt eine Darstellung der **Kräfteverhältnisse innerhalb der Lobbys und Interessenvertretungen**, die in Brüssel auf die Entscheidungen der EU einwirken. Im Gegensatz zu Österreich mit seiner vergleichsweise paritätisch ausgerichteten sozialpartnerschaftlichen Kultur stehen nach offiziellen Angaben des EU-Transparenzregisters rund 130 Gewerkschaften in etwa 3.900 Lobbys der Wirtschaftsseite gegenüber (Arbeit : Kapitalverhältnis = 1 : 30). Unter Hinzurechnungen einer Dunkelziffer nicht registrierter Unternehmensverbände und gestützt auf empirische Untersuchungen liegt dieses Verhältnis wahrscheinlich sogar bei **1 : 50**.

Ebenso sind auch in offiziellen Beratungsgremien der Kommission (**Expertinnengruppen**) VertreterInnen der Wirtschaftsseite in einer dominanten Position. Dies ist eine der zentralen Erklärungen dafür, weshalb etwa in der Regulierung der Finanzmärkte nur halbherzige Ergebnisse zustande gekommen sind oder die Binnenmarktpolitik der EU derzeit ausschließlich aus Sicht der Unternehmen wahrgenommen wird.

## Die Demokratiedebatte führen

Das neu zusammengesetzte Parlament muss die demokratische Schiefelage in der Union thematisieren. Dabei drängen sich zumindest folgende Fragen auf:

- Wie lässt sich europäische Politik generell transparenter gestalten?
- Wie lässt sich der überbordende Einfluss der wirtschaftsnahen Lobbys auf die EU-Politik effektiv eindämmen?
- Warum verfügt das Europäische Parlament über kein Initiativrecht?
- Warum hat das Europäische Parlament in vielen Bereichen der Wirtschafts- und Währungsunion nur ein Anhörungsrecht?
- Warum kann eine breite europäische Mehrheit in den zentralen Bereichen, wie der Besteuerung von Banken, Unternehmen und Finanzgeschäften durch eine einzige Stimme in der Länderkammer (Ministerrat) blockiert werden?
- Wie wirkt sich die ungleiche Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums in der EU auf die Funktionsfähigkeit der europäischen Demokratie aus?

**POLITICS FOR PEOPLE**  
STOP BRINGING THE BIG BUSINESS TRADING OVER OUR DEMOCRACY  
**NOT PROFIT**

Machen Sie bei unserer EU-weiten Internet-Kampagne unter <http://politicsforpeople.eu/austria> mit.

Fordern Sie unsere zukünftigen Abgeordneten im Europäischen Parlament dazu auf, sich dafür einzusetzen, dass der exzessive Einfluss von Banken und Wirtschaftslobbys auf die europäische Gesetzgebung wirksam beschränkt wird.

## 7. WIE WIR ZU EINEM VERÄNDERTEN EUROPA GELANGEN KÖNNEN

### 7. 1. Das Europäische Parlament stärken

Das Europäische Parlament ist das einzig direkt von den Menschen in Europa gewählte Organ. Es wählt mit dem/der KommissionspräsidentIn die Spitze der europäischen (Regierung). Damit haben die europäischen ArbeitnehmerInnen bei den Wahlen zum Europaparlament die Chance **über den künftigen Kurs der EU-Politik mitzubestimmen**. Soll es weitergehen wie bisher, oder braucht es einen Kurswechsel hin zu einem sozialen, demokratischen und ökologischen Europa? Einige Elemente der von uns erörterten Einstiegsprojekte ließen sich mithilfe eines gestärkten Europäischen Parlaments, in dem die Interessen der europäischen ArbeitnehmerInnen besser vertreten sind, auch in der kommenden Legislaturperiode umsetzen.

Wir wollen gleichzeitig aber auch keine Illusionen wecken, die früher oder später in Enttäuschung und in einem weiteren Vertrauensverlust der europäischen Politik münden: Ein umfassender Kurswechsel lässt sich **nicht allein** durch ein gestärktes und neu zusammengesetztes Parlament einläuten.

Dafür braucht es eine **Verschiebung der Kräfteverhältnisse** auf allen Ebenen, welche die ArbeitnehmerInnen gegenüber den UnternehmerInnen stärkt, die Finanzindustrie schwächt und den gesellschaftlichen Reichtum verteilt und sinnvoll nutzt. Einen wesentlichen Beitrag zu einer solchen Verschiebung der Kräfteverhältnisse könnte eine breite Debatte darüber bewirken, in welchem Europa wir leben wollen und in welcher Weise dafür die „europäische Verfassung“ (die Europäischen Verträge), durch welche die momentanen Kräfteverhältnisse abgesichert werden, geändert werden muss.

## 7. 2. Die Mängel der Europäischen Verträge beheben

Das Parlament, die Vertretungen der ArbeitnehmerInnen und die sozialen Bewegungen können die kommende Legislaturperiode offensiv dazu nutzen, die Einstiegsprojekte für ein anderes Europa auf den Weg zu bringen. Überall dort, wo Initiativen wie die Besteuerung von Banken, Unternehmen und Finanzmärkten an den momentanen Kräfteverhältnisse scheitern, gilt es dies offensiv anzusprechen und Vorschläge für deren Überwindung zu entwickeln. Da diese Kräfteverhältnisse durch die „Europäische Verfassung“ abgesichert werden, müssen sich diese Vorschläge auch mit einer entsprechenden Änderung befassen.

Eine weitere Vertiefung der Integration muss daher die dargestellten Einstiegsprojekte für ein anderes Europa unterstützen:

- Da die Europäische Union in einigen Bereichen mittlerweile staatliche Aufgaben übernommen hat, ist der **europäische Parlamentarismus konsequent weiter zu entwickeln**: Das Europäische Parlament und seine Fraktionen müssen das Recht haben, Initiativen für Rechtsakte einzubringen und in allen Bereichen der EU-Politik mitzuentcheiden. Die Kommission und ihre einzelnen Mitglieder müssen durch das Parlament ernannt und einfacher abberufen werden (**einfache Mehrheit bei Misstrauensvoten**) können – erst dadurch kann eine europäische Regierung entstehen, die auch voll für ihre Politik zur Verantwortung gezogen werden kann.
- Breite **europäische Mehrheiten in zentralen Fragen der Verteilung** (Besteuerung von Vermögen, Banken und Finanztransaktionen), die auch einen wichtigen Beitrag zur Finanzierung einer **europäischen Investitionsoffensive** für soziale und ökologische Infrastruktur darstellt, dürfen nicht länger durch die Stimme eines einzelnen Mitgliedstaates blockiert werden.
- Dies gilt auch für die Änderung der Europäischen Verfassung. Angesichts der Tiefe der gegenwärtigen Integration muss die Europäische Politik auch handlungs- und gestaltungsfähig sein: Wenn es im europäischen Parlament und in der europäischen Bevölkerung einen **breiten Konsens** für eine Abänderung der Verträge gibt, darf dies nicht am Veto eines Regierungschefs scheitern.

- Die Krise hat gezeigt, dass die Versteinerung von neoliberaler Wirtschaftspolitik in der europäischen Verfassung nur im Interesse einiger weniger ist. Eine „Verfassung“ hat die Zuständigkeiten, demokratische Verfahren der Rechtssetzung, die wesentlichen Institutionen und ihr Zusammenwirken sowie die Grundrechte zu regeln. Der Rest muss Gegenstand von politischen Auseinandersetzungen bleiben, da andernfalls gesellschaftliche Fehler nicht korrigiert werden können. **Wirtschaftspolitische Dogmen** wie das Verbot der öffentlichen Refinanzierung und starre Defizitgrenzen sind daher aus den Europäischen Verträgen zu streichen, das Mandat der EZB muss erweitert und ihre mangelnde demokratische Verantwortung muss korrigiert werden. Genauso ist klar zu stellen, dass **(soziale) Grundrechte über den Marktfreiheiten** stehen und diesen allein eine dienende Funktion zukommt.

### 7. 3. Europa in unsere Hände nehmen

Ein soziales, ökologisches und demokratisches Europa lässt sich auch nicht allein über parlamentarische Prozesse und eine Änderung der europäischen „Verfassung“ erringen. Gesellschaft hat sich immer nur dann nachhaltig geändert, wenn **Menschen aktiv** geworden sind und ihre Lebensverhältnisse und die damit verbundene Politik in ihre Hand genommen und neu gestaltet haben: **Der Achtstundentag, das (Frauen-)Wahlrecht, die Errichtung der Demokratie, das Streikrecht oder der Ausstieg aus gefährlichen Technologien (Atomkraft) – alles musste erstritten werden.**

Auch wenn die heutige EU-Politik vor allem von Unternehmerverbänden, der Finanzindustrie und neoliberalen Eliten bestimmt wird, lohnt es sich um die europäische Ebene zu kämpfen. Nur auf dieser Ebene lassen sich die großen gesellschaftlichen Probleme, vor denen wir stehen, nachhaltig lösen. **Es gilt EUropa weniger dafür zu verteidigen, was es ist, sondern dafür, was es sein könnte.**

Dafür, dass es anders wird, müssen die ArbeitnehmerInnen und ihre Organisationen die europäische Politik auf allen Ebenen wieder stärker in ihre Hände nehmen. Die Wahlen zum Europäischen Parlament sind eine wichtige Möglichkeit dazu.

# EU-Infobrief: Europa und Internationales in kritischer und sozialer Perspektive – kostenlos beziehen



## Bestellen!

Unter <http://wien.arbeiterkammer.at/infobrief-bestellen> können Sie den EU-Infobrief kostenlos bestellen.

**Der EU-Infobrief erscheint 5x jährlich im digitalen Format und liefert eine kritische Analyse der Entwicklungen auf europäischer und internationaler Ebene.** Die Zeitschrift der Abteilung EU & Internationales der AK-Wien fokussiert dabei Themen an der Schnittstelle von Politik, Recht und Ökonomie. Anspruch ist nicht nur die Prozesse in den europäischen Institutionen zu beschreiben, sondern auch Ansätze zur Überwindung des Neoliberalismus zu entwickeln. Kurze Artikel informieren in prägnanter Form über aktuelle Themen. Langbeiträge geben den Raum für grundlegende Analysen, Buchbesprechungen bieten eine kritische Übersicht einschlägiger Publikationen.



# WICHTIGE INFO

Liebe Leserin, lieber Leser,

Unter Umständen finden Sie zu Ihrer Fragestellung auch weiterreichende Hinweise im Internet: [wien.arbeiterkammer.at](http://wien.arbeiterkammer.at).

Alle aktuellen AK Broschüren finden Sie im Internet zum Bestellen und Download

■ [wien.arbeiterkammer.at/publikationen](http://wien.arbeiterkammer.at/publikationen)

Weitere Bestellmöglichkeiten

■ Bestelltelefon: (01) 501 65 401

■ E-Mail: [bestellservice@akwien.at](mailto:bestellservice@akwien.at)

Diese Broschüre erhalten Sie unter (01) 310 00 10 589  
Artikelnummer **589**

# RAT.INFO.SERVICE.RECHT

1. Auflage, April 2014

AutorInnen: MitarbeiterInnen der Abteilung EU und Internationales der AK Wien

Zulassungsnummer: O2Z34648 M

Medieninhaber: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien,

Prinz-Eugen-Straße 20-22, 1040 Wien, Telefon: (01) 501 65 0

Titelfoto: Fotolia.com ©chagin

Offenlegung gem § 25 MedienG: siehe [wien.arbeiterkammer.at/impressum](http://wien.arbeiterkammer.at/impressum)

Herstellung: Eigenvervielfältigung



**GERECHTIGKEIT MUSS SEIN**



[wien.arbeiterkammer.at](http://wien.arbeiterkammer.at)